

So arbeitet Europa

Arbeitszeit. Die Zahl der Stunden, die Beschäftigte in Europa im Jahresdurchschnitt arbeiten, unterscheidet sich enorm. Die tarifliche Jahresarbeitszeit in Deutschland etwa fällt um sieben Wochen kürzer aus als die in Polen. Trotzdem fordern manche Politiker und andere Interessenvertreter, dass auch in der Bundesrepublik gesetzliche Feiertage, die auf ein Wochenende fallen, nachgeholt werden sollen. Aus demografischer Sicht ist das Irrsinn, sagt IW-Arbeitsmarktexperte Christoph Schröder. Gert G. Wagner dagegen, Senior Research Fellow am DIW, unterstützt die Nachholidee aus gesellschaftlichen Gründen. —> [Seiten 2-5](#)

Subventionen

Rund 47 Milliarden Euro wird der Bund 2022 für Finanzhilfen und Steuervergünstigungen ausgeben – seit 2019 hat sich das Subventionsvolumen nahezu verdoppelt.

—> [Seiten 6-7](#)

Verhaltensökonomie

Um die Bürger zu klimafreundlichem Handeln zu bewegen, kann die Politik auch auf Anreize setzen. Die Möglichkeiten des sogenannten Nudgings sind vielfältig.

—> [Seiten 10-11](#)

Selten kürzer, häufig länger

Arbeitszeit. Auf den ersten Blick hat sich an den Arbeitspensen in der EU zuletzt wenig geändert. Tatsächlich hat die Pandemie jedoch sehr große Auswirkungen darauf, wie viel die Beschäftigten innerhalb eines Jahres arbeiten: Aktuell hängt die Zahl der Arbeitsstunden primär vom jeweiligen Job und von den persönlichen Lebensumständen ab.

37,8 Stunden pro Woche – so lange mussten Beschäftigte in den EU-Mitgliedsstaaten mit einem Vollzeitjob im Jahr 2020 im Schnitt laut Vertrag arbeiten. Multipliziert man das mit 52 Wochen und zieht die durchschnittlich in der EU in jenem Jahr gewährten Urlaubs- und Feiertage ab – nämlich 34,8 –, kommt man auf eine Jahresarbeitszeit von 1.703 Stunden.

Aber wie das so ist mit Durchschnittswerten: Im Grunde werden sie niemandem gerecht. Das gilt für das Jahr 2020 ganz besonders. Denn vor ziemlich genau zwei Jahren nahm die Corona-Pandemie Fahrt auf und wirbelte fast alles durcheinander – selbstredend auch die Arbeitswelt.

Schließlich fanden sich von jetzt auf gleich Millionen von Beschäftig-

ten im Homeoffice wieder, und zwar unabhängig davon, ob sie dort schon zuvor tage- oder fallweise gearbeitet hatten oder gar nicht.

Im Frühjahr 2020 ging dann jedenfalls ein Viertel der Beschäftigten in der EU von zu Hause aus dem Job nach. Und wer im Homeoffice seine Aufgaben erledigt, arbeitet erwiesenermaßen auch eher in der Freizeit und neigt deshalb dazu, mehr Überstunden zu machen.

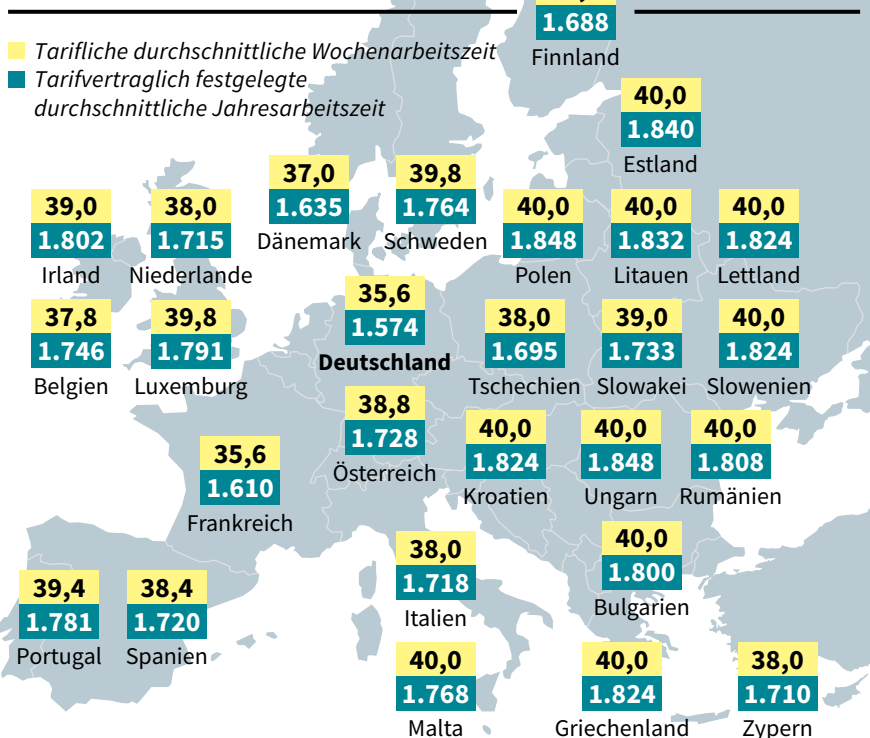
Vielen anderen Erwerbstätigen ging aufgrund von Fabrikschließungen oder sonstigen Auswirkungen der Pandemie plötzlich jedoch die Arbeit aus, sie mussten beruflich zwangsweise kürzertreten:

Von Kurzarbeit waren allein zwischen März und September 2020 mehr als 44 Millionen Beschäftigte in der EU betroffen. In Deutschland gab es jahresdurchschnittlich 2,9 Millionen Kurzarbeiter, im zweiten Quartal 2020 waren es sogar 5,4 Millionen.

Und eine dritte Gruppe – vor allem Kräfte aus dem Gesundheitssektor, aber auch viele Lehrer sowie Beschäftigte in der Logistik – hat 2020 deutlich mehr gearbeitet als üblich, weil ansonsten Patienten, Schüler und Kunden unversorgt geblieben wären. So wurden etwa in Finnland, Frankreich, Italien, Luxemburg, Polen und Portugal in den von Mehrarbeit betroffenen Sektoren Arbeitsstunden ausgedehnt, Ruhe-

Arbeitszeiten in der EU

im Jahr 2020 in Stunden



Quelle: Eurofound
© 2022 IW Medien / iwd

iwd

zeiten verkürzt und Jahresurlaube verschoben.

Obwohl die Welt also mehr oder weniger aus den Fugen geriet, hat sich an der offiziellen Wochenarbeitszeit in Europa in den meisten Ländern zwischen 2018 und 2020 nichts geändert.

Fast überall dürfen laut Gesetz höchstens 48 Stunden die Woche gearbeitet werden, nur in Belgien und Kroatien sind es 50 Stunden und in Österreich, Deutschland, den Niederlanden und mit einigen Einschränkungen auch in Dänemark sogar 60 Stunden. Die tariflich vereinbarte Wochenarbeitszeit liegt allerdings deutlich darunter, in 16 von 27 EU-Mitgliedsstaaten betrug sie 2020 weniger als 40 Stunden (Grafik Seite 2):

Die kürzeste durchschnittliche Wochenarbeitszeit, die durch Tarifverträge geregelt ist, gibt es mit 35,6 Stunden in Deutschland und Frankreich.

Zuverlässiger als die Betrachtung der täglichen oder wöchentlichen

Arbeitszeit ist ohnehin die Jahresarbeitszeit, denn sie berücksichtigt die Urlaubsregelungen und gesetzlichen Feiertage in den einzelnen Ländern. Am wenigsten arbeiten in der EU demnach die Deutschen:

In der Bundesrepublik lag die tarifvertragliche Jahresarbeitszeit eines Beschäftigten im Jahr 2020 bei 1.574 Stunden.

Die tarifliche Jahresarbeitszeit bildet jedoch keine Überstunden und keine Kurzarbeit ab, was die Vergleichbarkeit der Länderdaten erschwert. In Deutschland leisteten Arbeitnehmer im Jahr 2020 beispielsweise trotz Kurzarbeit annähernd 1,6 Milliarden Überstunden.

Gut vergleichen lassen sich dagegen die Urlaubs- und Feiertage über Ländergrenzen hinweg: Wer in der EU als Arbeiter oder Angestellter beschäftigt ist, hat Anspruch auf 20 Tage gesetzlichen Mindesturlaub. Im Schnitt gab es im Jahr 2020 in den Mitgliedsstaaten der EU 24,5 Urlaubstage. Die meisten gewähren die Nordeuropäer (Grafik):

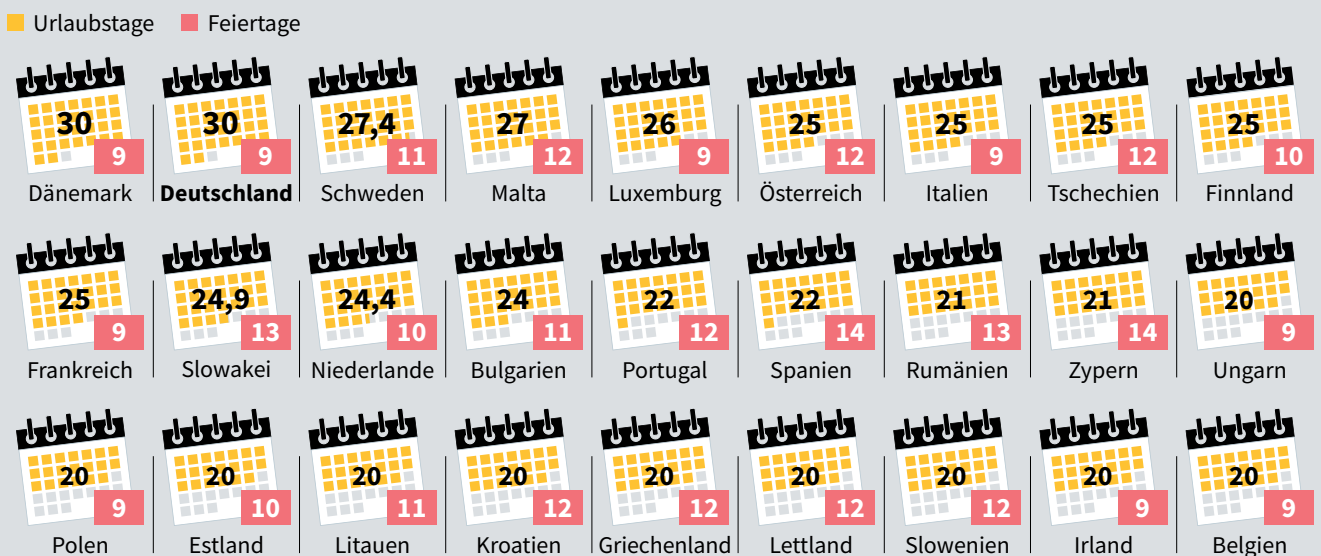
In Deutschland und Dänemark gibt es im Durchschnitt jeweils 30 Tage bezahlten Urlaub, Schweden kommt als drittplatziertes Land auf 27,4 Urlaubstage.

Rechnet man die gesetzlichen Feiertage hinzu, verschiebt sich das Ranking ein wenig: Deutschland, Dänemark und Malta kamen 2020 auf jeweils 39 Urlaubs- und Feiertage. Am anderen Ende landeten Belgien, Ungarn, Irland und Polen, in denen Beschäftigte der Arbeit je 29 Tage aufgrund von Urlaubs- und Feiertagen fernbleiben konnten.

Allerdings dürfen in Belgien, Irland und Polen – so wie in einigen weiteren EU-Staaten – Feiertage, die auf ein Wochenende fallen, nachgeholt werden, sodass sich die Zahl der Arbeitstage entsprechend verringert. Auch in Deutschland hat es politische Vorstöße gegeben, „verlorene“ Feiertage am darauffolgenden Montag nachzuholen, bislang blieben diese Initiativen jedoch erfolglos (siehe Pro und Kontra Seiten 4–5).

Arbeitsfreie Tage: Deutschland und Dänemark haben die meisten

Zahl der gesetzlich oder tarifvertraglich festgelegten Urlaubstage und gesetzlichen Feiertage in den EU-Mitgliedsstaaten im Jahr 2020



Quelle: Eurofound
© 2022 IW Medien / iwd

Sollten auch in Deutschland Feiertage, die auf ein Wochenende fallen, nachgeholt werden?

„Ja“,



sagt **Gert G. Wagner**,
wissenschaftlicher Senior Research Fellow am Deutschen
Institut für Wirtschaftsforschung (DIW) in Berlin

Feiertage, die auf ein Wochenende fallen, sollten von Gesetzes wegen nachgeholt werden, wie zum Beispiel im Vereinigten Königreich. In den USA werden einige Feiertage per Gesetz sogar auf einen Montag gesetzt, um das Wochenende zu verlängern. Und beide Länder sind unverdächtig, es mit dem Sozialstaat zu übertreiben. Es sollten auch in Deutschland Feiertage, die durch einen kalendarischen Zufall auf einen Wochenendtag fallen, am unmittelbar folgenden Montag nachgeholt werden. Dabei geht es mir nicht nur um Erholung für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, sondern vor allem darum, dass wir als Gesellschaft ohnehin zu wenig Zeit miteinander verbringen. In Agrargesellschaften war und ist die soziale Funktion des Sonntags überdeutlich: Das Vieh im Stall muss auch an diesem Tag versorgt werden, der also keinesfalls arbeitsfrei, aber trotzdem ein besonderer Tag ist. Dass der Sonntag heutzutage nicht mehr mit quasi obligatorischen sozialen Zusammenkünften, etwa beim Kirchengang, verbunden ist, ist ja nicht nur ein Ausdruck der Freiheit in unseren aufgeklärten Gesellschaften, sondern durchaus auch ein Problem. Wobei es mir nicht auf den Kirchengang ankommt, sondern auf gemeinsame Erlebnisse, die über Familienausflüge und Sonntags-Shopping hinausgehen.

Am Montag nachgeholt Feiertage stärken natürlich nicht zwangsläufig flächendeckend gemeinsame soziale Aktivitäten, aber sie böten zumindest eine Chance. Womöglich würde sogar die Wirtschaft profitieren, da die

Produktivität der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer durch gut verbrachte Freizeit steigen kann.

Dass Feiertage in erster Linie an historische oder religiöse Ereignisse erinnern und nicht nur der Erholung dienen, ist in der Tat richtig. Aber daraus kann man nicht zwangsläufig ableiten, dass Feiertage, die auf ein Wochenende fallen, nicht nachgeholt werden sollten. Denn es geht ja um kollektive Erfahrungen, und für die muss man sich nun mal Zeit nehmen – dass die in einigen Kalenderjahren knapper bemessen sein soll als in anderen, ist nicht gut begründbar.

Akzeptiert man die Funktion gemeinsamer Zeit an Feiertagen, dann ist klar, dass der zu hörende Kompromissvorschlag, dass ein auf ein Wochenende fallender Feiertag durch einen Tag Zusatzurlaub gewissermaßen entgolten werden sollte, völlig danebenliegt. Denn individueller Urlaub ist eher das Gegenteil einer kollektiven gesellschaftlichen Erfahrung. Hinzu kommt, dass der gesetzlich festgelegte Mindestjahresurlaub unterhalb der meisten tariflichen Vereinbarungen liegt und eine gesetzliche Erhöhung um ein oder zwei Tage effektiv nichts bringen würde. Und: Würden Zusatztage tariflich vereinbart, wäre klar, dass dies mit niedrigeren Lohnsteigerungen verbunden sein würde. Diese Verrechnung (mehr Urlaub gleich weniger ausgezahlter Lohn) geschähe natürlich mittel- und langfristig auch bei einer Montagsregelung für Wochenendfeiertage, aber die zeitliche Streckung würde dies kaum spürbar machen.

Pro und Kontra. In vielen Ländern werden gesetzliche Feiertage, die auf ein Wochenende fallen, nachgeholt. IW-Arbeitszeitexperte **Christoph Schröder** hält dies allein schon aufgrund der demografischen Entwicklung in Deutschland für unangebracht. **Gert G. Wagner**, ehemaliger Vorstandsvorsitzender des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung, findet die Idee gut, weil sie der Gesellschaft mehr Zeit für gemeinsame soziale Aktivitäten böte.

„Nein“,



sagt **Christoph Schröder**,
Senior Researcher für Einkommenspolitik, Arbeitszeiten und -kosten im
Institut der deutschen Wirtschaft

Der Staat sollte die Erwerbstätigen nicht durch zusätzliche Regelungen dazu anhalten, weniger zu arbeiten. Seitdem im Jahr 2017 der Reformationstag zum 500-jährigen Jubiläum des Luther'schen Thesenanschlags bundesweit gefeiert wurde und die Wirtschaft dies anscheinend ohne Schwierigkeiten wegstecken konnte, wurden in einigen ostdeutschen Bundesländern bereits zusätzliche Feiertage eingeführt: Der Frauentag ist seit 2019 in Berlin und ab 2023 auch in Mecklenburg-Vorpommern arbeitsfrei, während man in Thüringen seit 2019 den Weltkindertag begeht.

Nachdem so die Unterschiede bei der Zahl der Feiertage zwischen den Bundesländern verringert wurden, steht nun der Ausgleich zur Diskussion: Feiertage mit festem Datum, die auf ein Wochenende fallen, sollen am Montag nachgeholt werden. Diese Praxis ist tatsächlich nicht unüblich. Prominentestes Beispiel ist das Vereinigte Königreich, das Feiertage, die auf arbeitsfreie Tage fallen, üblicherweise auf den nächsten Montag verlegt. Ähnlich verfährt Spanien. Belgien und Luxemburg zeigen noch mehr Flexibilität und erlauben es, einen Wochenend-Feiertag nach Absprache mit dem Unternehmen an einem beliebigen Tag nachzuholen.

Warum soll das nicht auch bei uns funktionieren? Dagegen spricht zunächst die internationale Wettbewerbsfähigkeit: Deutschland weist in der EU die kürzeste Jahresarbeitszeit auf und hat gleichzeitig zusammen mit Dänemark die meisten Frei-Tage. Und Belgien, Luxem-

burg und das Vereinigte Königreich kommen selbst mit den Nachhol-Feiertagen auf keine höheren Werte als Deutschland. Lediglich Spanien liegt mit 14 Feiertagen weit vorn, kommt aber auf lediglich 22 Urlaubstage.

Eine weitere Arbeitszeitverkürzung durch eine Nachholregelung wäre in Deutschland aber noch aus weiteren Gründen das falsche Signal: So werden Fachkräfte schon jetzt in vielen Bereichen händierend gesucht. Durch die Megatrends Dekarbonisierung und Digitalisierung wird die Nachfrage nach qualifizierten Arbeitskräften weiter steigen. Hinzu kommt der demografische Wandel mit dem jetzt einsetzenden Ausscheiden der sogenannten Babyboomer-Generation aus dem Arbeitsmarkt, wodurch sich das Verhältnis von Rentnern und Beitragszahlern ohnehin rapide verschlechtern wird. Wenn die Politik nun sogar noch Maßnahmen umsetzt, die das Arbeitsvolumen weiter reduzieren, wird nicht zuletzt die langfristige Haushaltskonsolidierung erschwert.

Gleichwohl sind die Präferenzen der Arbeitnehmer zu berücksichtigen: Ist vielen Freizeit und Arbeitszeitflexibilität wichtig, werden Betriebe attraktiv, die Sabbaticals, reduzierte Vollzeit oder mehr Urlaubstage anbieten. Viele Firmen tun dies bereits und in einigen Tarifverträgen haben Beschäftigte die Möglichkeit, zusätzliche Urlaubstage statt mehr Lohn zu erhalten. Staatliches Eingreifen ist daher nicht notwendig. Im Gegenteil: Der Staat sollte finanzielle Anreize für kürzere Arbeitszeiten abbauen – etwa durch eine geringere steuerliche Grenzbelastung.

Geschenktes Geld

Subventionen. Die Bundesregierung wird laut dem 28. Subventionsbericht in diesem Jahr rund 47 Milliarden Euro für Finanzhilfen und Steuervergünstigungen ausgeben. Besonders im Fokus der Subventionspolitik steht der Klimaschutz.

Einem geschenkten Gaul schaut man nicht ins Maul – das denken sich wohl auch die Unternehmen und Privathaushalte, die Jahr für Jahr Geld aus dem Subventionstopf der Bundesregierung erhalten. Generell kann man an dieses Geld auf zwei Wegen gelangen: Zum einen wären da die Steuervergünstigungen – steuerliche Sonderregelungen, die einzelne Sektoren oder Teilbereiche der Wirtschaft begünstigen.

Zum anderen zahlt der Bund Finanzhilfen, also Geldleistungen an

private Unternehmen und Haushalte. Die stetigen Mehrausgaben in diesem Bereich sind maßgeblich für den starken Anstieg der staatlichen Subventionen in den zurückliegenden Jahren verantwortlich (Grafik):

Die für 2022 veranschlagten Finanzhilfen sind mit 27,7 Milliarden Euro mehr als dreimal so hoch wie jene, die im Jahr 2019 gewährt wurden; die Steuervergünstigungen sind in diesem Zeitraum um gut ein Fünftel auf knapp 20 Milliarden Euro gestiegen.

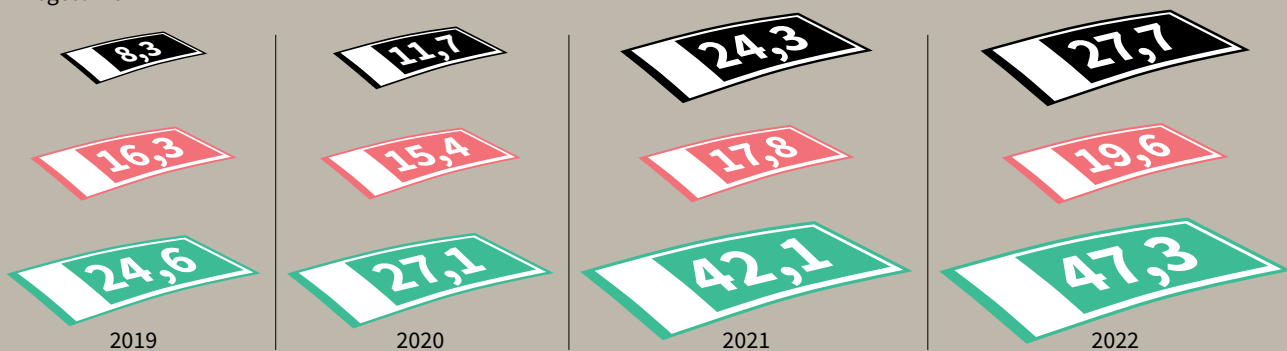
Vor allem der im Klimaschutzprogramm 2030 festgeschriebene Ausbau des Energie- und Klimafonds sowie die im Konjunkturpaket zur Bewältigung der Corona-Krise im Jahr 2020 beschlossenen Zukunftsinvestitionen tragen zum Anstieg der Finanzhilfen bei.

Insgesamt hätte sich das Subventionsvolumen des Bundes seit 2019 mehr als verdoppelt, wenn alle Gelder in diesem Jahr wie geplant ausgeschüttet würden. Das war in der Vergangenheit jedoch selten der

Immer mehr Geld für Subventionen

Subventionsvolumen des Bundes in Milliarden Euro

- Finanzhilfen
- Steuervergünstigungen
- Insgesamt



Finanzhilfen 2021, 2022: geplante Ausgaben; Steuervergünstigungen: Schätzungen

Quelle: Bundesministerium der Finanzen
© 2022 IW Medien / iwd

Fall – der Anstieg dürfte deswegen sowohl für dieses als auch für das vergangene Jahr, für das noch keine finalen Zahlen vorliegen, tendenziell leicht überzeichnet sein. Im Jahr 2019 gab der Bund zum Beispiel 2,2 Milliarden Euro weniger an Subventionen als geplant aus, 2020 waren es 2,7 Milliarden Euro weniger.

Was bei genauerer Betrachtung der einzelnen Beihilfen auffällt: Über alle Wirtschaftszweige hinweg wird die Subventionspolitik der Bundesregierung – vor allem die direkte Förderung durch Finanzhilfen – zunehmend durch die Klima- und Umweltpolitik geprägt.

Im Jahr 2021 hatten 67 der 128 Finanzhilfen einen Bezug zu den deutschen Klimaschutzziele und machten mit geplanten Ausgaben von insgesamt 16,2 Milliarden Euro rund zwei Drittel des gesamten Finanzhilfenvolumens aus. Auch in diesem Jahr bezuschusst der Staat jene Bereiche am stärksten, die Maßnahmen gegen den Klimawandel ergreifen (Grafik):

Rund 2,8 Milliarden Euro sollen im Jahr 2022 in die Bundesförderung für energieeffiziente Gebäude (BEG) fließen, 2,1 Milliarden Euro sind für das Markteinführungsprogramm zur Förderung des Einsatzes erneuerbarer Energien veranschlagt.

Angesichts der aktuellen Antragsflut dürfte der BEG-Betrag trotz zwischenzeitlichen Förderstopps letztlich sogar höher ausfallen.

Der langjährige Spitzenreiter des Rankings, die Förderung von Maßnahmen der Energieeffizienz und erneuerbaren Energien im Gebäudebereich, ging im Juli 2021 mit weiteren Posten gebündelt in die neu eingeführte BEG über.

In den Top Ten der Finanzhilfen stehen auch noch weitere klimapolitische Maßnahmen, wie zum Beispiel Zuschüsse zum Kauf von E-Autos.

Finanzhilfen: Wo das Geld hinfließt

Die zehn größten Finanzhilfen des Bundes für das Jahr 2022 in Millionen Euro

1. Bundesförderung für effiziente Gebäude	2.775
2. Markteinführungsprogramm zur Förderung des Einsatzes erneuerbarer Energien	2.112
3. Zuschüsse zum Kauf elektrisch betriebener Fahrzeuge	2.100
4. Zuschüsse zur Errichtung von Tank- und Ladeinfrastruktur	1.680
5. Investitionen zur Dekarbonisierung der Industrie	1.200
6. Zuschüsse im Rahmen des Programms „Baukindergeld“ der KfW Bankengruppe	955
7. Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der Agrarstruktur und des Küstenschutzes“	949
8. Förderung des Ausbaus von Breitbandnetzen	876
9. Strompreiskompensation	828
10. Sozialer Wohnungsbau	750

Geplante Ausgaben; Gemeinschaftsaufgabe: Aufgabe der Länder, an der der Bund mitwirkt

Quelle: Bundesministerium der Finanzen
© 2022 IW Medien / iwd

iwd

Die Steuervergünstigungen des Bundes unterstützen dagegen vor allem die von der Corona-Pandemie gebeutelten Kultur- und Gastronomiebetriebe: Auf das meiste Geld verzichtet der Staat durch den bis Ende 2022 ermäßigten Umsatzsteuersatz auf Restaurant- und Verpflegungsdienstleistungen sowie Steuererlässe auf kulturelle und unterhaltende Leistungen – in beiden Bereichen rechnet der Bund in diesem Jahr mit Einbußen von jeweils rund 1,6 Milliarden Euro.

Zusammen mit den Mindereinnahmen der Bundesländer, die – im Gegensatz zu den Finanzhilfen – die Steuervergünstigungen mittragen, belaufen sich die fehlenden Einnahmen in beiden Sektoren sogar auf jeweils rund 3 Milliarden Euro.

Der größte Brocken geht allerdings gar nicht erst zulasten des

Bundeshaushalts, sondern der Länderfinanzen – und kommt Firmenerben zugute: Die Steuervergünstigung im Erb- oder Schenkungsfall von ganzen Betrieben beziehungsweise Anteilen an Kapitalgesellschaften werden den Bundesländern 2022 geschätzte Mindereinnahmen von 5,1 Milliarden Euro bescheren. Erben bekommen diese Vergünstigung allerdings nur, wenn sie die Arbeitsplätze im betreffenden Unternehmen anschließend über mindestens fünf Jahre erhalten.

Ob die staatlichen Beihilfen auch 2023 weiter steigen werden, ist fraglich. Die neue Bundesregierung hat zumindest im Koalitionsvertrag vereinbart, durch den Abbau überflüssiger, unwirksamer sowie umwelt- und klimaschädlicher Subventionen zusätzliche Haushaltsspielräume gewinnen zu wollen.

In Deutschland brummt's

Imkerei. Immer mehr Bienenvölker produzieren in Deutschland immer mehr Honig. Viele Einwohner haben die Imkerei als Hobby für sich entdeckt – nicht erst in der Pandemie. Die wenigsten bestreiten allerdings mit dem Honigverkauf ihren Lebensunterhalt.



Um ein 500-Gramm-Glas Honig zu füllen, müssen Bienen 120.000 Kilometer weit fliegen – sie umrunden also dreimal die Erde. Hinzu kommt all die Arbeit, die der Imker mit seinen Bienenvölkern und der Honigproduktion hat. In der Summe ist das ziemlich viel Aufwand für ein Produkt, das es dann für wenige Euro im Lebensmittelhandel, per Direktvertrieb oder beim Discounter zu kaufen gibt. Dennoch steht die Imkerei in Deutschland hoch im Kurs und es gibt immer mehr Bienenvölker (Grafik):

Im Jahr 2010 waren in Deutschland rund 685.000 Bienenvölker erfasst, zehn Jahre später 982.000 – ein Plus von mehr als 40 Prozent.

Im Schnitt, so der deutsche Imkerbund, betreut ein Imker knapp sieben Völker. Ein Volk lieferte 2020 fast 30 Kilo Honig. Macht 60 Gläser zu je 500 Gramm – bei einem Verkaufspreis von 5 bis 7 Euro ist klar, wie wenig damit zu verdienen ist.

So erklärt sich auch, dass die allermeisten die Imkerei nur als Hobby

betreiben: 96 Prozent der Imker kümmern sich um maximal 25 Bienenvölker; nur 1 Prozent versorgt mehr als 50 Völker. Die Mitglieder des Imkerbunds sind übrigens zu knapp vier Fünfteln männlich und durchschnittlich gut 55 Jahre alt.

Während sich die allermeisten ihr Handwerk nebenher aneignen, gibt es auch jene, die das ganz klassisch tun: Tierwirtin beziehungsweise Tierwirt der Fachrichtung Imkerei ist ein dreijähriger anerkannter Ausbildungsberuf. Im Jahr 2020 schlossen laut Statistischem Bundesamt 24 Menschen einen Ausbildungsvertrag ab, ein Jahr zuvor waren es 27.

Der davon freilich losgelöste Bienen-Boom hat dazu geführt, dass in Deutschland mehr Honig produziert wird als früher. Allerdings schwanken die Werte erheblich. Denn der Ertrag hängt maßgeblich vom Wetter ab, also zum Beispiel davon, wie viel es regnet. Auch Kälte ist bei Bienen unbeliebt: Selbst wenn die Rapsfelder in voller Blüte stehen – bei

12 Grad oder weniger brechen Honigbienen nicht zum Sammeln auf.

Entsprechend schlecht – das zeigt eine Umfrage des Imkerbunds von Oktober 2021 – ist die Ernte deshalb zumindest in Teilen Deutschlands im Jahr 2021 ausgefallen. Tatsächlich kommt es in solchen Phasen sogar vor, dass die Imker zufüttern müssen. Das heißt: Sie stellen den Bienen Zuckerwasser bereit, damit die Tiere und ihre Brut überhaupt überleben können.

Gleichwohl ist der generelle Trend hin zu mehr Honig eindeutig, was der sogenannte Selbstversorgungsgrad belegt. Er gibt an, wie viel Prozent des verbrauchten Honigs im Land erzeugt wurden:

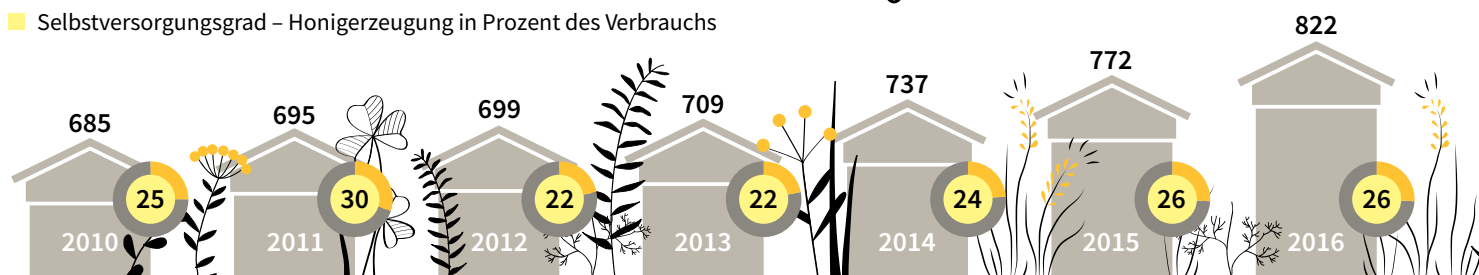
Der Selbstversorgungsgrad stieg in Deutschland innerhalb von zehn Jahren von 25 auf 33 Prozent – immerhin ein Drittel des Honigbedarfs kann also aus heimischer Produktion gedeckt werden.

Jeder Bundesbürger konsumierte zuletzt im Schnitt knapp 1,1 Kilo-

Mehr Bienen – mehr Selbstversorgung

Zahl der Bienenvölker in Deutschland in 1.000

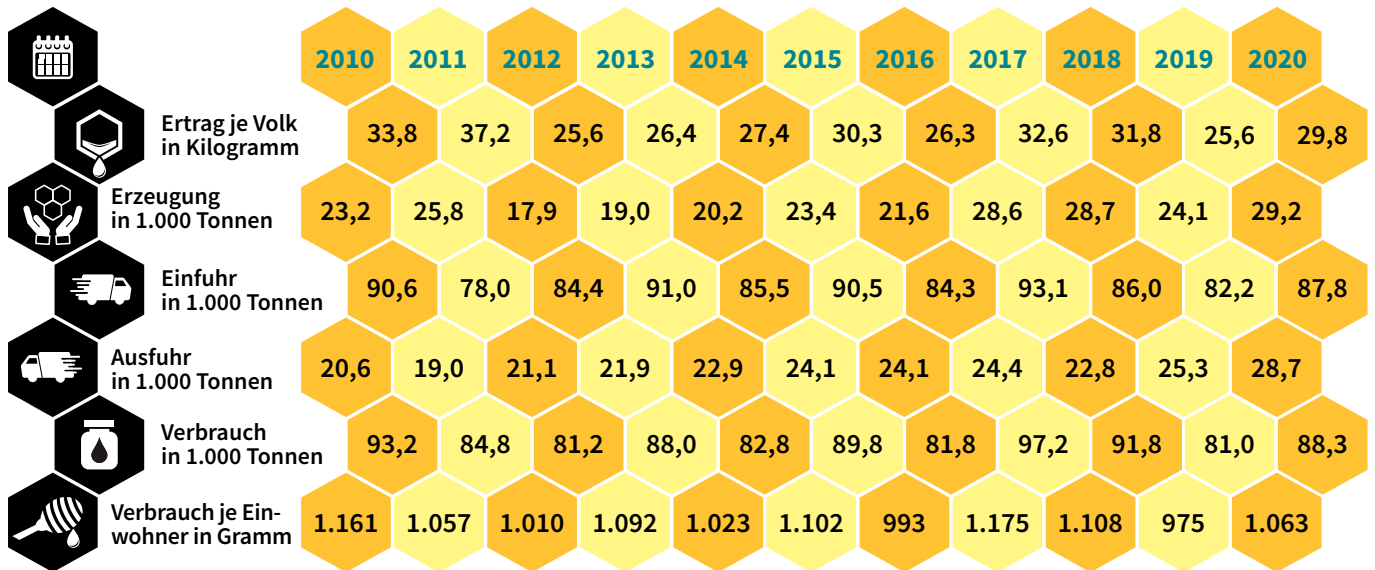
■ Selbstversorgungsgrad – Honigerzeugung in Prozent des Verbrauchs





Imkerei in Deutschland

Honigproduktion, -handel und -konsum



2020: vorläufige Werte
 Quellen: Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft, Deutscher Imkerbund
 © 2022 IW Medien / iwd



gramm Honig pro Jahr. Was hiesige Bienen davon nicht liefern können, wird einfach aus dem Ausland zugekauft – zuletzt waren das fast 88.000 Tonnen (Grafik).

Gleichzeitig wird eine Menge Honig – knapp 29.000 Tonnen – exportiert. Einiges davon ist aber nur ein statistischer Effekt, da Deutschland für den internationalen Handel oft als Umschlagplatz im Zentrum Europas fungiert.

Apropos Europa: Insgesamt gab es 2019 etwas mehr als 16 Millionen Bienenvölker in Europa – mit einem klaren Schwerpunkt:

7,5 Millionen Bienenvölker lebten 2019 im Osten Europas, im Süden 6,9 Millionen und im Westen lediglich 1,4 Millionen.

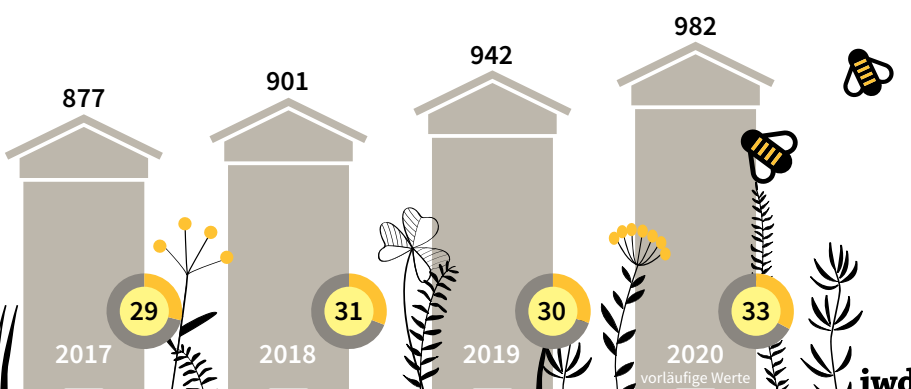
Der Bestand im Westen hat sich seit 1990 um 59 Prozent reduziert, im Osten um 47 Prozent. Mehr Bienenvölker gab es mit einem Plus von 51 Prozent dagegen im Süden des Kontinents. Das reicht allerdings nicht für ein positives Gesamtergebnis: Insgesamt hat sich die Zahl der Bienenvölker in Europa seit 1990 um 28 Prozent reduziert. Damit ist Europa der einzige Kontinent mit weniger Bienenvölkern als früher. In Amerika

hat der Bestand im gleichen Zeitraum um 20 Prozent zugelegt, in Afrika um 32 und in Ozeanien um 75 Prozent. An der Spitze steht aber Asien:

Der asiatische Kontinent beheimatete 1990 rund 23 Millionen Bienenvölker, im Jahr 2019 waren es fast 44 Millionen – das entspricht einem Anstieg um 89 Prozent.

Da überrascht es nicht, dass die beiden weltgrößten Honigproduzenten in Asien zu finden sind. Unangefochten an der Spitze steht laut der Ernährungs- und Landwirtschaftsorganisation der Vereinten Nationen die Volksrepublik China mit 1,85 Millionen Tonnen Honig pro Jahr, gefolgt von der Türkei mit 109.000 Tonnen.

Übrigens: Die meisten kommerziellen Honigproduzenten füllen ihre Gläser mit einem Gemisch aus verschiedenen Importländern, aufgedruckt findet sich dann der Hinweis „Mischung von Honig aus EU-Ländern und Nicht-EU-Ländern“. Honig gehört zu den wenigen Lebensmitteln, deren Rückverfolgung selbst im Labor nicht lückenlos möglich ist.



MINT-Energie aus Indien

Zuwanderung. Um seine wirtschaftliche Leistungsfähigkeit zu wahren, ist Deutschland in den kommenden Jahren mehr denn je auf qualifizierte Zuwanderer angewiesen. Menschen mit indischer Staatsangehörigkeit leisten schon heute einen wichtigen Beitrag zur Fachkräftesicherung. Das Potenzial ist aber noch nicht ausgereizt, die Politik bleibt gefordert.

Knapp 67 – so wenige 15- bis 24-Jährige standen in Deutschland Ende 2020 jeweils 100 Mitbürgern im Alter von 55 bis 64 Jahren gegenüber. Diese Relation zeigt unmissverständlich, dass die Wirtschaft hierzulande vor einem großen demografischen Problem steht. Schon heute fehlen in vielen Unternehmen qualifizierte Mitarbeiter.

Ohne eine umfangreiche Zuwanderung wird die demografische Herausforderung nicht zu bewältigen sein. Bereits in den vergangenen Jahren haben im Ausland geborene

Personen die Arbeitskräftebasis in Deutschland gestärkt:

Der Anteil der ausländischen an allen Erwerbstätigen in der Bundesrepublik stieg von knapp 14 Prozent im Jahr 2010 auf rund 18 Prozent im Jahr 2020.

Mit Blick auf die Zuwanderer von morgen bietet vor allem Indien gute demografische Voraussetzungen. Es ist nicht nur – nach China – mit knapp 1,4 Milliarden Menschen das Land mit der zweitgrößten Bevölkerung, die Menschen dort sind im Schnitt auch sehr jung:

Etwa 250 Millionen Inderinnen und Inder sind zwischen 15 und 24 Jahre alt.

Zudem verfügten im Jahr 2020 in Indien fast 45 Millionen 25- bis 34-Jährige über einen Hochschulabschluss.

Das Potenzial für eine Zuwanderung nach Deutschland ist also rein rechnerisch enorm – schließlich müssten bis 2030 insgesamt „nur“ rund fünf Millionen Menschen einwandern, um die demografische Entwicklung zu stabilisieren.

Die tatsächlichen Zahlen sind weit von dieser Größenordnung entfernt. Doch der Trend stimmt zuversichtlich (Grafik):

Per saldo kamen im Jahr 2019 gut 21.700 indische Staatsbürger nach Deutschland – fast siebenmal so viele wie 2010.

Was die Zuwanderer aus Indien besonders macht, ist ihr starker Erwerbsbezug. Während der Anteil der indischen Staatsangehörigen an der gesamten Bevölkerung aus Drittstaaten – also von außerhalb der EU – Ende 2020 nur 2,3 Prozent betrug, lag ihr Anteil an den Drittstaatenangehörigen mit einem Aufenthaltstitel zur Erwerbstätigkeit bei 11,3 Prozent.

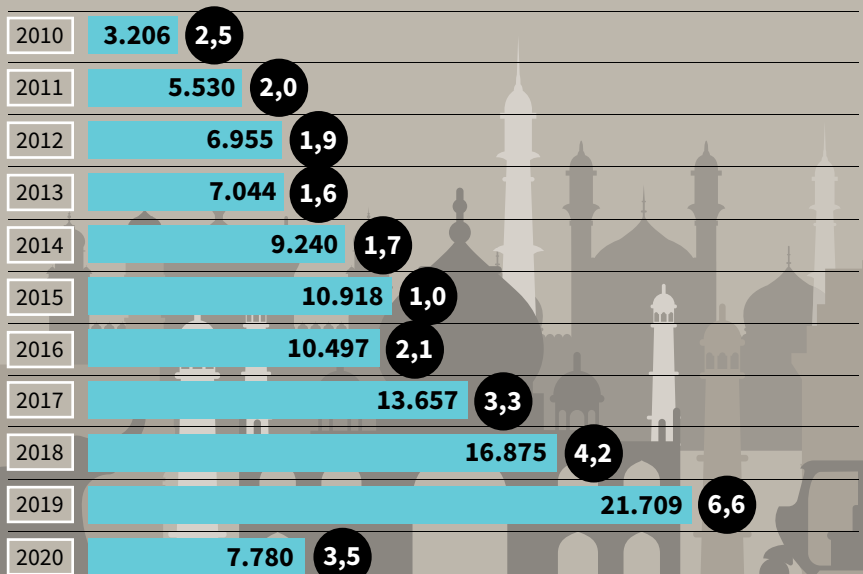
Vor allem aber sind die Inder, die hierherkommen, oft gut ausgebildet:

Von allen 32.037 Drittstaatenangehörigen, die im Jahr 2020 in Deutschland einen Aufenthaltstitel für qualifizierte Fachkräfte (wie die Blaue Karte der EU) erhielten,

Mehr Zuwanderer aus Indien

Nettozuwanderung von indischen Staatsangehörigen nach Deutschland

■ Anteil an der gesamten Nettozuwanderung in Prozent



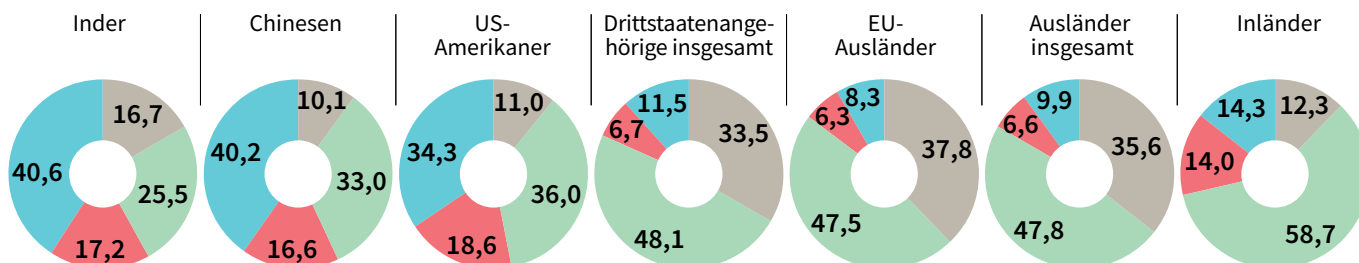
Quellen: Statistisches Bundesamt, Institut der deutschen Wirtschaft
© 2022 IW Medien / iwd

iwd

Ausländische Beschäftigte: Viele Inder sind Experten

So viel Prozent der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten in Deutschland übten im März 2021 eine Tätigkeit auf diesem Niveau aus

■ Helfer ■ Fachkraft ■ Spezialist ■ Experte



Helfer: typischerweise an- und ungelernete Tätigkeit, für die kein Abschluss erforderlich ist;
 Fachkraft: typischerweise beruflicher Abschluss erforderlich;
 Spezialist: typischerweise Fortbildungsabschluss wie Meister oder aber ein Bachelorabschluss erforderlich;
 Experte: typischerweise längeres Hochschulstudium erforderlich;
 Rest zu 100: keine Angabe zum Anspruchsniveau der Tätigkeit

Quelle: Bundesagentur für Arbeit
 © 2022 IW Medien / iwd

iwd

kamen 5.932 aus Indien – ein Anteil von 18,5 Prozent.

Damit tragen die indischen Zuwanderer zunehmend zur hiesigen Fachkräftesicherung bei. Dies gilt insbesondere für Jobs, die eine akademische Qualifikation erfordern. Von allen Menschen aus Drittstaaten, die im März 2021 hierzulande eine Expertentätigkeit ausübten – für die meist ein Studium bis zum Master vorausgesetzt wird –, stammten fast 12 Prozent aus Indien.

Das hohe Qualifikationsniveau der indischen Migranten zeigt sich auch aus anderer Perspektive (Grafik):

Von den knapp 71.000 Inderinnen und Indern, die im März 2021 in Deutschland einer sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung nachgingen, übten fast 58 Prozent eine Experten- oder Spezialistentätigkeit aus.

Dieser Anteil war deutlich höher als bei den ausländischen Beschäftigten insgesamt (rund 17 Prozent). Auch von den Beschäftigten mit deutscher Staatsangehörigkeit waren lediglich gut 28 Prozent als Experten oder Spezialisten tätig – Letztere benötigen in der Regel einen Fortbildungsabschluss wie den Meister oder einen Bachelorabschluss.

Bemerkenswert ist zudem, dass die Zahl der indischen Experten im wirtschaftlichen Schlüsselbereich MINT – Mathematik, Informatik, Naturwissenschaften und Technik – seit 2016 deutlich stärker gestiegen ist als die gesamte Beschäftigtenzahl in diesen Fachgebieten.

Inzwischen gibt es in Deutschland rund 18.600 indische MINT-Experten – sie stellen damit die größte Ausländergruppe in diesem Segment.

Dass sich immer mehr indische Migranten in Deutschland niederlassen, ist keineswegs selbstverständlich. Gerade hochqualifizierte Inder könnten sich ebenso für angelsächsische Länder wie die USA oder das Vereinigte Königreich entscheiden. Dort haben sie meist keine Verständigungsschwierigkeiten – Englisch gehört in Indien zu den Amtssprachen –, außerdem leben in diesen Ländern bereits große indische Gemeinschaften, die den Neuzuwanderern die Eingewöhnung erleichtern.

Deutschlands Ruf als Einwanderungsland hat sich jedoch seit einiger Zeit deutlich verbessert. Der langjährige wirtschaftliche Aufschwung vor dem Ausbruch der Corona-Pandemie sorgte für gute Beschäftigungspers-

pektiven. Außerdem wurde der Zuzug für hochqualifizierte Erwerbszuwanderer in den vergangenen zwei Jahrzehnten sukzessive erleichtert, zuletzt mit dem 2020 in Kraft getretenen Fachkräfteeinwanderungsgesetz.

Des Weiteren dürften Initiativen wie „Make it in Germany“ mit ihren Informationsangeboten dazu beigetragen haben, dass potenzielle qualifizierte Zuwanderer Deutschland als möglichen Lebens- und Arbeitsort überhaupt erst in den Blick genommen haben.

Um das Potenzial, das Indien für die Fachkräftesicherung in Deutschland bietet, noch besser auszuschöpfen, muss die Bundesregierung unter anderem das Zuwanderungsrecht so weiterentwickeln, dass die Prozesse noch schneller ablaufen und mit weniger Aufwand für die Migranten verbunden sind. Zudem sollte auch jenen Aspiranten, die noch keinen Arbeitsvertrag vorweisen können, aber gute Integrationsperspektiven haben, der Zuzug nach klar definierten Kriterien ermöglicht werden.

IW-Report 1/2022

Wido Geis-Thöne: Zuwanderung aus Indien – Ein großer Erfolg für Deutschland
iwkoeln.de/zuwanderung_indien

Anstupser zum Klimaschutz

Verhaltensökonomie. *Theoretisch wissen die meisten Menschen in Deutschland um den Klimawandel und wollen ihren Teil dazu beitragen, kommenden Generationen einen halbwegs intakten Planeten Erde zu hinterlassen. In der Praxis ist es mit entsprechendem Handeln aber oft nicht weit her. Dabei gibt es viele Möglichkeiten, das individuelle Verhalten in eine nachhaltigere Richtung zu lenken.*

Wunsch und Wirklichkeit liegen oft weit auseinander. So weiß zwar jeder, dass der klassische Individualverkehr viel CO₂ verursacht, doch als vor einem Jahr die Spritpreise wegen der neuen CO₂-Abgabe stiegen, war die Empörung nichtsdestotrotz groß.

Diese Ambivalenz illustrieren weitere Umfrageergebnisse, wenn man sie mit Marktdaten kontrastiert:

Im Jahr 2018 gaben 64 Prozent der vom Umweltbundesamt Befragten an, dass Umwelt- und Klimaschutz eine sehr wichtige Herausforderung darstellen. Gleichzeitig lag der Marktanteil von Produkten mit dem europäischen Umweltzeichen bei nur 7,5 Prozent – und war damit niedriger als ein Jahr zuvor.

Der Marktanteil für Elektroöfen mit der höchsten Energieeffizienzklasse betrug 2018 sogar weniger als 1 Prozent und im Jahr 2020 waren noch immer nur 6,4 Prozent der in Deutschland verkauften Lebensmittel Bioprodukte.

Eine Studie des Instituts der deutschen Wirtschaft beschäftigt sich nun mit dieser Inkonsistenz zwischen der vorherrschenden Überzeugung zur Klimafrage und dem Verhalten der Verbraucher. Zentrale Botschaft der Wissenschaftler: Es ist wichtig, dass die Politik die individuelle Situation verschiedener

Personengruppen berücksichtigt und diese gezielt adressiert. Diese Gruppen – in der Studie als Milieus definiert – haben zum einen sehr unterschiedliche Bildungs- und Einkommensniveaus und zum anderen stark divergierende Ansichten und Konsumgewohnheiten (Grafik Seite 13):

Fast 70 Prozent des kritisch-kreativen Milieus zeigten sich 2018 davon überzeugt, dass die Energiewende in Deutschland zu langsam erfolgt, um das Klima effektiv zu schützen. In der Mittelschicht sieht das nicht mal ein Drittel der Befragten so.

Auch sind die Kritisch-Kreativen jene, die Autos am seltensten regelmäßig nutzen – allerdings fahren selbst sie noch zu mehr als zwei Dritteln mehrmals die Woche mit dem Pkw und nur 24 Prozent steigen regelmäßig in Bus und Bahn.

Besonders weit auseinander liegen die Milieus bei der Frage, inwiefern sie für umweltfreundliche Produkte mehr zu zahlen bereit sind. Auch hier liegen die Kritisch-Kreativen mit fast 66 Prozent an der Spitze, während nur etwas mehr als 11 Prozent aus der Mittelschicht dazu bereit sind. Selbst bei jenen, die aufgrund ihres geringen Einkommens zum prekären Milieu gehören, ist dieser Anteil mit gut 13 Prozent höher.

Doch wie schafft es die Politik in dieser unübersichtlichen Gemengelage, die Bürger zum klimafreundlichen Handeln zu bewegen? Hier kommt das sogenannte Nudging ins Spiel – abgeleitet vom englischen „to nudge“: jemanden (vorsichtig) anstoßen. Im verhaltensökonomischen Kontext soll eine Person oder Gruppe mit passenden Instrumenten mehr oder weniger subtil dazu gebracht werden, etwas einmalig oder dauerhaft zu tun oder zu lassen – zum Beispiel, indem vereinfachte Produktinformationen gegeben, Voreinstellungen verändert oder Waren auf eine bestimmte Art präsentiert werden. Wie Nudging konkret funktioniert, zeigt folgendes Beispiel aus der Reisebranche (Grafik Seite 14):

Im Jahr 2018 hatten die vom Umweltbundesamt Befragten in den zurückliegenden zwölf Monaten durchschnittlich 0,7 Urlaubsreisen mit dem Flugzeug unternommen. Ein Drittel wusste, dass man die Emissionen finanziell kompensieren kann.

Die Befragungsergebnisse unterschieden sich stark nach den Milieus – auch mit Blick darauf, wer schon einen Flug CO₂-kompensiert hatte. Mit welcher Art des Nudgings können nun einerseits die Emissionen gesenkt und andererseits die

Einstellung zum Klimaschutz: Oft eine Frage des Milieus

So viel Prozent der Befragten in Deutschland, die zu diesem Milieu zählen, stimmten im Jahr 2018 der jeweiligen Aussage zu

	Etabliert	Mittelschicht	Kritisch-kreativ	Traditionell	Prekär
Energie					
Die Energiewende in Deutschland geht zu langsam voran, um das Klima effektiv zu schützen	32,0	31,0	69,0	42,0	41,0
Ich beziehe momentan Ökostrom	38,4	37,5	59,2	42,0	32,6
Mobilität					
Ich nutze ein Auto mindestens mehrmals die Woche	82,0	82,0	68,0	72,0	70,0
Ich nutze öffentliche Verkehrsmittel mindestens mehrmals die Woche	17,0	11,0	24,0	15,0	20,0
Carsharing ist eine gute Alternative zum Besitz eines eigenen Autos	47,0	53,4	70,8	61,5	65,4
Ernährung					
Für die Landwirtschaft ist es entscheidend, dass die Umwelt nicht verschmutzt wird und die Temperatur nicht weiter steigt	35,0	41,0	61,0	39,0	44,0
Für umweltfreundliche Produkte bin ich bereit, mehr Geld zu zahlen	28,7	11,4	65,9	20,5	13,3
Ich habe zum Lebensmitteleinkauf schon mal eigene Gläser, Tüten etc. mitgebracht, um Verpackungsmüll zu vermeiden	56,7	57,1	71,4	54,3	47,1

Die Milieus basieren auf einer Klassifikation, die einerseits den sozialen Status und andererseits die Zugehörigkeit zu einer Generation berücksichtigt. Sie ist nicht immer trennscharf:

Etabliert: 40 bis 70 Jahre alt, mittleres bis hohes Bildungsniveau, hohes bis sehr hohes Einkommen
 Mittelschicht: 40 bis 70 Jahre alt, mittleres Bildungsniveau und mittleres Haushaltseinkommen
 Kritisch-kreativ: 30 bis 70 Jahre alt, mittleres bis hohes Bildungsniveau, mittleres bis hohes Einkommen
 Traditionell: über 70 Jahre alt, Wunsch nach wenig Veränderung
 Prekär: Geringverdiener und Empfänger staatlicher Transfers, niedrigeres Bildungsniveau

Repräsentative Befragung von 2.017 Personen im Spätsommer 2018

Quellen: Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz, nukleare Sicherheit und Verbraucherschutz, Umweltbundesamt, Institut der deutschen Wirtschaft
 © 2022 IW Medien / iwd

Kompensationszahlungen erhöht werden? Damit beschäftigen sich zwei Experimente:

Emissionsinformationen. Für dieses Experiment wurde die klassische Flugsuche im Internet weiterentwickelt. Neben den Informationen zu Preis und Flugzeit informierte die Website darüber, wie „grün“ der gewählte Flug ist, welche Flüge besser für die Umwelt wären und welche Flugverbindung die niedrigsten Emissionen hat. Das Ergebnis:

Die Studienteilnehmer waren durch die Zusatzinfos zu den Flugemissionen bereit, für einen internationalen Flug bis zu 250 Dollar mehr pro eingesparter Tonne CO₂ zu zahlen.

Zudem wäre es ihnen im Schnitt 97 Dollar wert gewesen, zugunsten niedrigerer Emissionen von einem

weniger ideal gelegenen Flughafen, dafür aber Nonstop zu reisen.

Voreinstellungen. Flugreisende können selbst entscheiden, ob und wie umfassend sie den CO₂-Ausstoß ihres Flugs kompensieren wollen. Das wird aber von den Voreinstellungen auf der Buchungs-Website beeinflusst, wie das zweite Experiment zeigt: Die Versuchsteilnehmer hatten 100 Euro für eine Flugbuchung zur Verfügung und mussten aus Flügen zwischen 88 und 92 Euro wählen. Mit dem übrigen Geld konnten sie die Emissionen kompensieren. Wurden ihnen dafür im nächsten Schritt „0 Euro“ als Voreinstellung angeboten, entschieden sich die Teilnehmer im Schnitt dafür, 25 Prozent des verfügbaren Restbetrags als Kompensationszahlung auszugeben. Waren 50 Prozent als Kompensation vorein-

gestellt, wählten die Probanden im Schnitt 38 Prozent. Und wenn das System vorschlug, das komplette übrige Geld für die CO₂-Kompensation zu verwenden, wurden durchschnittlich 42 Prozent gewählt.

Die Experimente zeigen, wie Nudging Entscheidungen und Verhalten beeinflussen kann. Tatsächlich gibt es unzählige weitere solcher Instrumente aus drei Kategorien:

Kognitionsbasierte Nudging-Instrumente zielen auf das Wahrnehmen und Erkennen der Konsumenten – beispielsweise, indem die Energieeffizienz eines Geräts mit einem Ampelsystem farblich aufbereitet wird. Ebenso können – wie im zweiten Experiment – Voreinstellungen verändert werden oder die

Konsumenten bekommen unmittelbares Feedback, beispielsweise zum Strom- oder Wasserverbrauch.

Interaktionsbasierte Tools

betten den Konsumenten in einen gesellschaftlichen Kontext ein und wollen so auf sein Verhalten einwirken. Dafür wird beispielsweise der individuelle Gasverbrauch in Relation zum Verbrauch der Nachbarschaft gesetzt oder es wird darauf verwiesen, dass sich die Mehrheit einer Gruppe so oder anders verhält.

Nudging mit Anreizen

arbeitet mit Belohnungssystemen und konkreten Zielsetzungen – beispielsweise zum Wassereinsparen. Auch Vereinfachungen wie kostenlose ÖPNV-Tickets sind mögliche Anreize.

Doch all diese Nudging-Instrumente funktionieren nicht immer problemlos, es gibt unerwünschte Nebenwirkungen und Fallstricke – zum Beispiel diese:

Abnutzungserscheinungen.

Unter Umständen nutzt sich der

Nudging-Effekt schnell ab. Etwa wenn ein Haushalt nur einmalig darüber informiert wird, wie sein Energieverbrauch im Vergleich zur Nachbarschaft ausfällt.

Bumerang-Effekt. Spart beispielsweise ein neues Auto Sprit gegenüber dem alten ein, könnte das dazu führen, dass häufiger und weitere Strecken gefahren werden. Möglich ist auch, dass das eingesparte Spritgeld für zusätzliche Flugreisen ausgegeben wird.

Dark Nudging. In der Theorie soll Nudging Verhalten nur sanft lenken – letztlich soll aber jeder weiterhin frei entscheiden, was er tut oder lässt. Wenn Nudging aber besonders subtil erfolgt, also kaum zu erkennen ist, ist es mit der freien Entscheidung unter Umständen nicht mehr besonders weit her.

Deshalb empfiehlt es sich, Nudging immer mit größtmöglicher Transparenz einzusetzen. Zudem sollte die Politik die Instrumente

präzise auf die Zielgruppe ausrichten und immer Nutzen gegen Kosten abwägen. Hilfreich könnte hierfür eine bundesweite Datenbank sein, in der positive und negative Folgen „grüner“ Nudges dokumentiert werden. Darüber hinaus sollten diese Instrumente die klassische Umwelt- und Klimaschutzpolitik – zum Beispiel Anreize für Innovationen und die CO₂-Bepreisung – nur ergänzen, nicht ersetzen. Clever genutzt könnte Nudging so dazu beitragen, dass der Wunsch nach mehr Umwelt- und Klimaschutz – zumindest etwas schneller und vor allem ohne zusätzliche Kosten – Wirklichkeit wird.

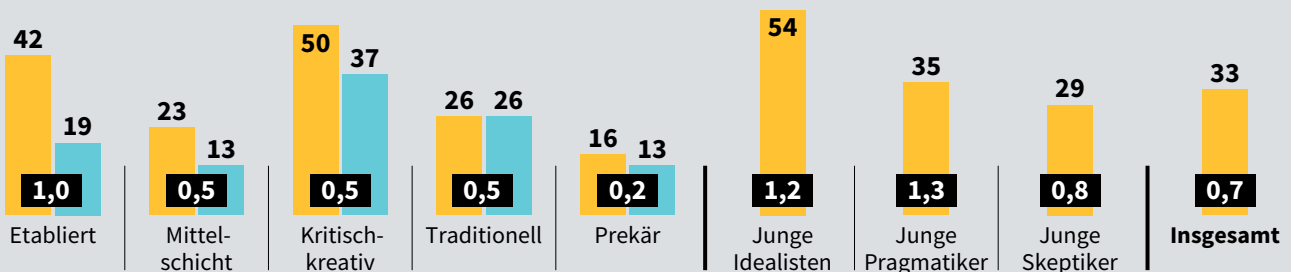
IW-Analysen Nr. 146

Dominik H. Enste, Jennifer Potthoff: Behavioral Economics and Climate Protection – Better regulation and green nudges for more sustainability iwkoeln.de/green-nudges

Wer fliegt und wer es kompensiert

Antworten von Befragten in Deutschland im Jahr 2018

- Durchschnittliche Zahl der Urlaubsreisen mit dem Flugzeug in den vergangenen zwölf Monaten
- So viel Prozent der Befragten wussten, dass sie CO₂-Kompensationszahlungen für ihren Flug vornehmen können
- So viel Prozent der Befragten haben bereits einmal eine CO₂-Kompensationszahlung geleistet



Die Milieus basieren auf einer Klassifikation, die einerseits den sozialen Status und andererseits die Zugehörigkeit zu einer Generation berücksichtigt. Sie ist nicht immer trennscharf:

- Etabliert: 40 bis 70 Jahre alt, mittleres bis hohes Bildungsniveau, hohes bis sehr hohes Einkommen
- Mittelschicht: 40 bis 70 Jahre alt, mittleres Bildungsniveau und mittleres Haushaltseinkommen
- Kritisch-kreativ: 30 bis 70 Jahre alt, mittleres bis hohes Bildungsniveau, mittleres bis hohes Einkommen
- Traditionell: über 70 Jahre alt, Wunsch nach wenig Veränderung
- Prekär: Geringverdienender und Empfänger staatlicher Transfers, niedrigeres Bildungsniveau
- Junge Idealisten: 14- bis 30-Jährige mit hoher Bildung und überdurchschnittlichem Einkommen der Eltern, selbst meist noch ohne Einkommen, großes Interesse an Reisen und neuen Erfahrungen, gleichzeitig Bewusstsein für gesellschaftliche und klimabezogene Themen
- Junge Pragmatiker: 14- bis 30-Jährige, wobei die meisten unter 20 sind und zwei Drittel noch zur Schule gehen, Interesse an moderner Technik, neuesten Kleidungstrends und Fernreisen
- Junge Skeptiker: Junge Menschen mit niedrigem bis mittlerem Bildungsabschluss aus einfacheren Familienverhältnissen, skeptisch gegenüber politischen und sozialen Themen, konsumieren vornehmlich für den täglichen Bedarf

Repräsentative Befragung von 2.017 Personen im Spätsommer 2018; keine Angabe zu den erfolgten Kompensationszahlungen für die drei jungen Milieus aufgrund zu geringer Fallzahlen

Quellen: Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz, nukleare Sicherheit und Verbraucherschutz, Umweltbundesamt, Institut der deutschen Wirtschaft

© 2022 IW Medien / iwd

Wichtige Wegmarke

Mitbestimmung. Vor 50 Jahren trat in der Bundesrepublik Deutschland das novellierte Betriebsverfassungsgesetz in Kraft. Es räumte den Gewerkschaften und Betriebsräten zusätzliche Rechte ein – von denen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer bis heute profitieren.

Die Novelle des seit 1952 existierenden Betriebsverfassungsgesetzes weitete unter anderem die Mitbestimmung in sozialen Angelegenheiten aus, bei Fragen zum Arbeitsschutz wurde sie neu eingeführt. Erstmals erhielt der Betriebsrat zudem ein Beratungsrecht bei der Personalplanung und das Recht, über die Auswahlkriterien bei Einstellungen, Umgruppierungen, Versetzungen und Kündigungen mitzubestimmen.

Auch Sozialpläne müssen seither mit dem Betriebsrat erstellt werden. Dies erforderte Lernprozesse auf der Managementebene, aber auch bei den Betriebsräten selbst. Ihre Bewährungsprobe bestand die neue Betriebsverfassung während der Ölkrisen von 1973/74 und 1979/80, als die Betriebsräte daran mitwirkten, durch Sozialpläne Massenentlassungen zu verhindern.

Trotz ihrer vielen Befugnisse und des seit 2001 erleichterten Wahlverfahrens sind Betriebsräte vor allem in kleinen Unternehmen kein Standard:

Im Jahr 2020 hatten nur 8 Prozent aller Betriebe in Deutschland mit fünf bis 500 Beschäftigten einen Betriebsrat.

Dabei sind in diesen Firmen etwa 40 Prozent aller Arbeitnehmer tätig. Allerdings gab es zuletzt in 15 Prozent aller Betriebe ab fünf Beschäftigten alternative Vertretungsorgane wie runde Tische.

Offenbar kommen viele Unternehmen ohne institutionalisierte Mitbestimmung aus. Auch für die Bundesbürger insgesamt ist ihr Stellenwert in der deutschen Wirtschaftsordnung nicht übermäßig hoch (Grafik):

Während die Gewerkschaften für 61 Prozent der über 16-Jährigen eine zentrale Rolle in der Sozialen

Marktwirtschaft spielen, halten nur 45 Prozent die Mitbestimmung der Arbeitnehmer in den Unternehmen für besonders wichtig.

Auf der anderen Seite ist für 74 Prozent der Befragten entscheidend, dass faire Arbeitsbedingungen und Löhne ausgehandelt werden. Inwieweit die Existenz von Betriebsräten dazu beiträgt, bleibt in der Umfrage außen vor. Möglicherweise ist der Bedarf an einer umfassenden betrieblichen Mitbestimmung umso geringer, je stärker die Unternehmen – auch aus Eigennutz – ihre soziale Verantwortung wahrnehmen.

Gewerkschaften sind wichtiger als Mitbestimmung

Folgenden Antwortmöglichkeiten auf die Frage „Was macht eine Soziale Marktwirtschaft aus, was ist besonders wichtig?“ stimmten so viel Prozent der Bundesbürger zu

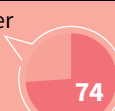
Absicherung der Bürger gegen Arbeitslosigkeit, Krankheit usw.



Dass Unternehmen soziale Verantwortung übernehmen



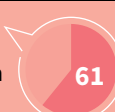
Dass Arbeitnehmer und Arbeitgeber faire Arbeitsbedingungen und Löhne aushandeln



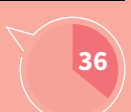
Mitbestimmung der Arbeitnehmer in den Unternehmen



Gewerkschaften, die sich wirksam für die Rechte von Arbeitnehmern einsetzen



Unternehmerische Freiheit



Begrenzter Einfluss des Staates auf die Wirtschaft



Befragung von 1.073 Personen ab 16 Jahren im Februar/März 2021

Quelle: Institut für Demoskopie Allensbach © 2022 IW Medien / iwd

iwd

IW-Kurzbericht 1/2022

Hagen Lesch: Fünfzig Jahre Novellierung des Betriebsverfassungsgesetzes

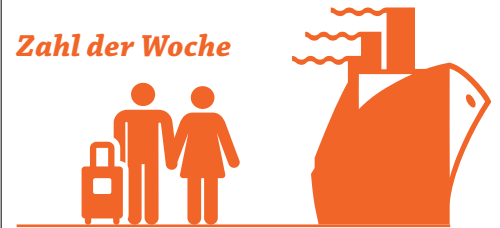
iwkoeln.de/betriebsverfassungsgesetz

Impressum

Herausgeber: Institut der deutschen Wirtschaft Köln e.V. · **Präsident:** Arndt Günter Kirchhoff · **Direktor:** Prof. Dr. Michael Hüther · **Mitglieder:** Verbände und Unternehmen in Deutschland
Redaktionsleiter: Jork Herrmann (verantwortlich) · **Redaktion:** Berit Schmiedendorf (stellv.), Andreas Wodok (Textchef), Lara Kamann, Florian Janssen, Alexander Weber
Grafik: IW Medien GmbH · **E-Mail:** iwd@iwkoeln.de · **Bezugspreis:** € 12,19/Monat inkl. Versand und MwSt., Erscheinungsweise 14-täglich · **Aboservice:** Friederike Ennsberger, Telefon: 0221 4981-450, ennsberger@iwkoeln.de · **Verlag:** Institut der deutschen Wirtschaft Köln Medien GmbH, Postfach 10 18 63, 50458 Köln · **Telefon:** 0221 4981-0 · **Druck:** Henke GmbH, Brühl · **Rechte für Nachdruck oder elektronische Verwertung über:** lizenzen@iwkoeln.de · **Zur Abwicklung des Vertriebs erforderliche Daten werden nach den Bestimmungen des Bundesdatenschutzgesetzes verwaltet, E-Mail:** datschutz-iwd@iwmedien.de.



Zahl der Woche



530.000

Passagiere starteten 2020 eine Hochseekreuzfahrt in der EU. Was erst mal nach viel klingt, ist in Wirklichkeit ein Desaster für die Kreuzfahrtindustrie. Die Zahl der Passagiere lag nämlich um rund 93 Prozent unter dem Vorjahreswert. Bis zur Pandemie hatten sich Jahr für Jahr mehr Menschen für eine Kreuzfahrt begeistert: Im Jahr 2019, also unmittelbar vor Corona, stachen in der EU 7,4 Millionen Kreuzfahrer in See – so viele wie nie. Von den wenigen Passagieren des Jahres 2020 starteten 42 Prozent in einem spanischen Hafen, 24 Prozent legten in Italien ab und von Frankreich aus machten sich 18 Prozent auf die Reise. Deutschland kam mit einem Anteil von 10 Prozent auf den vierten Rang – an Nord- oder Ostsee gingen 2020 rund 54.000 Menschen an Bord. Auch das ist nichts im Vergleich zu früher: 2019 hatten gut 1,3 Millionen Reisende ihre Tour in einem deutschen Hafen begonnen.

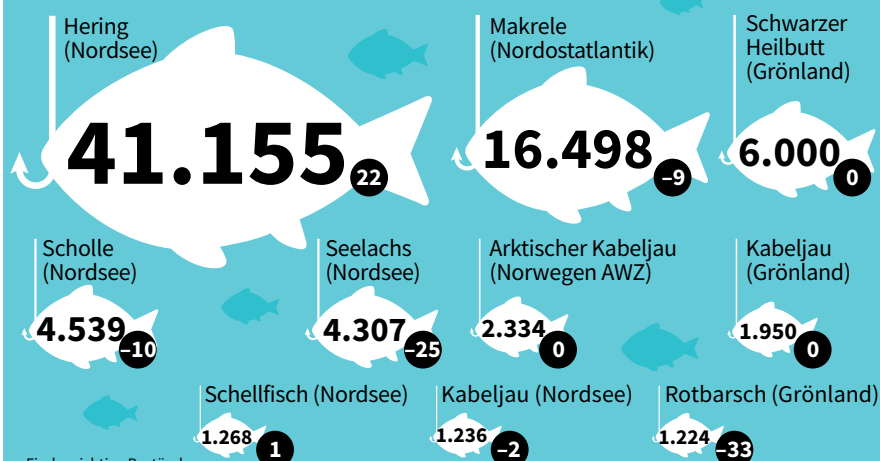
Top-Liste: Leere Meere

Im Jahr 2020 – neuere Zahlen liegen noch nicht vor – landete die deutsche Fischereiflotte mehr als 181.000 Tonnen Fisch und Meerestiere an. Wie viel Kabeljau, Hering und Makrele die Fischer aus dem Meer holen dürfen, regeln die sogenannten Fangquoten: Sie geben die Menge an, die von einer Fischart in einem festgelegten Gebiet und Zeitraum gefischt werden darf. Festgelegt wird das Ganze für die EU-Mitgliedsstaaten durch die Gemeinsame Fischereipolitik – und das schon seit Ende der 1970er Jahre. Ziel der Quotenregelung ist es, eine nachhaltige Fischerei zu betreiben, sprich: Der Bestand an Meereslebewesen soll mindestens gleich bleiben oder sich sogar erholen. Das hat in der Vergangenheit allerdings nur bedingt funktioniert – in der Ostsee gibt es in diesem Jahr deshalb einen De-facto-Fangstopp für Heringe und Dorsche: Sie dürfen nur noch in sehr geringen Mengen als Beifang in den Netzen landen.

EU-Fangquoten: Weniger Rotbarsch, mehr Hering

So viele Tonnen Fisch dieser Art dürfen Deutschlands Fischer im Jahr 2022 in diesen Gewässern fangen

■ Veränderung gegenüber Vorjahr in Prozent



Fisch: wichtige Bestände

AWZ: Ausschließliche Wirtschaftszone – das ist das Meeresgebiet seawärts des Küstenmeeres bis zur 200-Seemeilen-Grenze

Quelle: Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft

© 2022 IW Medien / iwd

iwd

Neu auf iwd.de:



Was Corona die Wirtschaft kostet

Der Wertschöpfungsverlust durch unterbliebene Investitionen, nicht getätigten Konsum und einen verringerten Außenhandel beläuft sich in Deutschland für 2020 und 2021 auf 350 Milliarden Euro. Wie die Aussichten für 2022 sind, lesen Sie auf iwd.de.